

Rheinsberger Zeitung

Ämtliches Veröffentlichungsblatt der Stadt Rheinsberg.

Bezugs-Preis

in unserer Geschäftsstelle sowie bei den Abholstellen und beim Bezugs durch die Post 0,90 Mark. Durch den Briefträger oder durch Boten frei ins Haus gebracht 1,00 Mark.

Für die Schriftleitung verantwortlich
Carl E. Burmann



Druck und Verlag
E. Thurmanns Buchdruckerei
Rheinsberg

Anzeigen

für dieses Dienstag, Donnerstag und Sonnabend erscheinende Blatt werden mit 0,20 Mark für die 5 gerahmte Zeitspalt oder deren Raum berechnet und bis vormittags 11 Uhr vor jedem Erscheinungstage erbeten

Nr. 82

Fernsprecher

Sonnabend, den 14. Juli 1928.

Nummer 37

34. Jahrgang

— Berlin, den 13. Juli 1928.

Chronik des Tages.

— Die Ausschüßberatung der Vorlage über den Nationalfeiertag ist bis zum Herbst vertagt worden.
— Im Steuerantrag des Reichstags wurde der Kompromißantrag über die Wohnsteuererhöhung angenommen.
— Der deutsche Vorkämpfer in Paris hatte mit Poincaré eine einstufige Unterredung.
— In Anwesenheit des Königs von Italien wurde in Bozen das „Siegesdenkmal“ enthüllt.
— Die Ozeanflieger haben über dem Grabe Oberst in Heidelberg Kränze abgeworfen.
— Der Hauptgewinn der 4. Klasse der Preussisch-Schlesischen Klassenlotterie ist in beiden Abteilungen in Höhe von je 100 000 Mark nach Berlin geflossen.
— In den Strafanstalten Sonnenburg und Gollnow sind die politischen Gefangenen in den Hungerstreik getreten.
— Das deutsche Flugzeuggeschwader ist in Afghanistan eingetroffen und vom König Aman Allah empfangen worden.
— Der russische Flieger Schuchnowitz hat drei Mitglieder der Mobilitätsexpedition gefesselt. Es handelt sich hauptsächlich um die Walmann-Gruppe. Bei einem zweiten Aufstieg mußte er notlanden.

Wissels Arbeitsprogramm.

Kurz vor dem Auseinandergehen des Reichstags und der damit verbundenen großen politischen Abspaltung hat der neue Reichsarbeitsminister Wissel vor der Presse den sozialpolitischen Teil des Regierungsprogramms ausführlich erläutert. Der Minister wies auf die zahlreichen Schwierigkeiten hin, die sich der Bewältigung der sozialpolitischen Aufgaben entgegenstellten und zählte dann die zahlreichen Gesetze auf, die das Reichsarbeitsministerium dem Reichstag vorzulegen beabsichtige, darunter das Reichsarbeitschutzgesetz, bei dem es sich in der Hauptsache um die Frage der Arbeitszeit und der Arbeitsaufsicht handele, den Entwurf eines Bergarbeitsgesetzes, die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens, den Entwurf einer neuen Seemannsordnung, sowie den Entwurf eines Gesamtvertragsgesetzes, das neben dem Tarifvertragsrecht auch das Betriebsvertragsrecht enthält. Auch der Entwurf eines allgemeinen Arbeitsvertragsgesetzes wurde weiter gefördert.

Besondere Aufmerksamkeit erheischt die Bemerkung über die Reform des Schlichtungswesens, der der Minister als ehemaliger Schlichter seine besondere Aufmerksamkeit widmete. Der Minister wandte sich dann noch gegen die Auffassung, daß nun die Politik des staatlichen Zwanges eingreife. Das sei nicht richtig, er selbst sei durchaus dafür, daß Selbstverwaltung und Selbstbestimmung in möglichst weiten Kreisen der Wirtschaft beibehalten würden, und er sei der Auffassung, daß diese jedem staatlichen Zwange vorzuziehen seien; aber in Notfällen ließe sich die Zustimmung der staatlichen Vertragsorgane durch Schlichtungsbehörden nicht aufgeben. Von diesem Grundgedanken ginge die geltende Schlichtungsordnung aus. Er könne aber auf Grund der Reichsreform sich nicht der Verpflichtung enthalten, die Regelung der Arbeitsverhältnisse durch Gewerkschaften aus dem Wege zu räumen, wo die Parteien mit dieser Aufgabe allein nicht fertig würden. Ein solches Eingreifen entspräche dem Volkswillen, wie es ein einstimmiger Beschluß des vorigen Reichstages gezeige.

Reichsarbeitsminister Wissel ging sodann auf die Tätigkeit des Reichsarbeitsministeriums in der Frage der Arbeitsvermittlung und der Arbeitslosenversicherung ein. Die durch das Gesetz vom 16. Juli 1927 hier geschaffene Neuordnung sei noch im Aufbau begriffen. Es sei zu hoffen, daß das neue Gesetz nach Überwindung der unvermeidlichen Ubergangs-schwierigkeiten sich zum Segen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber sowie der Wirtschaft auswirken werde. Wie die Frage der Saisonarbeitslosigkeit in der Arbeitslosenversicherung gelöst werden könne, um den wirtschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen, andererseits aber auch die berechtigten Belange der Arbeitnehmer zu wahren, unterliege noch der Prüfung der zuständigen Stellen. In der Frage der Arbeitslosenversicherung werde er Anträge auf Zulassung weiterer Berufsgruppen in der Arbeitslosenversicherung prüfen und ihnen statgeben, wenn sie gerechtfertigt seien. Eine besondere Hilfe gedente er den älteren Arbeitnehmern in Härtefällen zu gewähren. Der Reichsfinanzminister habe dieser Vorschläge im Grundgesetz bereits zugestimmt, und er sei bereit, die Vorschriften über die Bedürftigkeit einer Nachprüfung zu unterziehen. Er lasse sich hierbei von der Erkenntnis leiten, daß die Lage der Gewerkschafter, vor allem derjenigen, die bereits seit längerer Zeit ohne Beschäftigung seien, besonders hart sei und alle verantwortlichen Stellen verpflichtet seien, das Los dieser am Schicksal schwer betroffenen Volksgenossen zu erleichtern. Seine Sorge gelte ferner den Kleinrent-

neern. Er werde sich dafür einsetzen, daß die Forderungen der Reichsregierung erfüllt werden. Ferner sei eine Verordnung geplant, die die Versicherungspflichtgrenze in der Angestelltenversicherung erweitere. In der Frage des Wohnungsbaues wies der Minister auf die Notwendigkeit hin, die begonnene Heranziehung von Auslandsmitteln weiter zu fördern, die hierfür als bisher für den Bau von Kleinwohnungen vermandt werden sollten. Weiter müsse eine Gesetzesgrundlage für den Wohnungsbau in der Zukunft geschaffen werden, die den Wohnungsbau bis zum Jahre 1935 sicherte.

Zum Schluß ging der Minister noch auf die Reichsversorgung und die Versicherungsbehörden ein. Die Aufwendungen für die Versorgung in Höhe von 1 1/2 Milliarden Mark bildeten den größten Ausgabe-posten im Reichshaushalt; für die Verwaltung gingen jedoch nur 4 v. H. drauf. Das Ministerium werde bemüht sein, die sparsamste Verwaltung auch hier zu erreichen. Auch für die Versorgung der Kriegsbekämpften und Kriegsinvaliden seien Maßnahmen im Gange, soweit es die finanzielle Lage des Reiches gestatte, Verbesserungen eingeführt werden. Vor allen Dingen werde geklärt werden, ob und inwieweit die Versorgung der Hinterbliebenen verbessert werden könne. Er denke hierbei insbesondere an die alleinstehenden erwerbsfähigen Witwen sowie an die Eltern, die auf Renten angewiesen seien. Ferner werde die Schaffung eines Rechtsanspruches für die Hinterbliebenen auf Heilbehandlung erwogen werden. Für die gesamte Versorgung müsse die Auffassung grundlegend sein, daß die Beschädigten und Hinterbliebenen über förmliche und gelegliche Ansprüche hinaus ein Recht auf werktätige Hilfe hätten.

Hoersch bei Poincaré.

Eine einstufige Unterredung. — Erörterung der deutsch-französischen Beziehungen.

Wie die deutsche Vorkämpfer in Paris der Presse mitteilte, hatte der deutsche Vorkämpfer von Hoersch Donnerstag morgen eine einstufige Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Poincaré. Der Vorkämpfer gab zunächst einige Aufklärungen über die deutsche Regierungsabteilung. Im weiteren Verlauf des Gesprächs wurde in allgemeiner Weise der gegenwärtige Stand der deutsch-französischen Beziehungen in ihrer Gesamtheit erörtert.

Aus dieser halbamtlichen Mitteilung geht nicht hervor, welche Fragen in einzelnen bei dieser Unterredung geklärt worden sind. Immerhin darf man annehmen, daß hierbei auch auf die Räumungsfrage die Sprache gekommen sein dürfte. Der Reichskanzler hat bekanntlich in seiner Reichstagsrede nicht nur Mißverständnisse über die deutsche Haltung gegeben, daß die Aufrechterhaltung der Rheinlandsbeziehung der Begründung eines wirklichen Vertrauensverhältnisses zwischen den Völkern im Wege steht. Deutschland hat einen wohl begründeten Anspruch auf die sofortige Befreiung der noch besetzten Gebiete am Rhein und wird nicht eher ruhen, bis der letzte fremde Soldat deutschen Boden verlassen hat.

Neben der Rheinlandfrage dürfte wahrscheinlich noch

der Kelloggpat

im Mittelpunkt der Pariser Erörterungen gestanden haben. Offenbar handelte es sich um eine abschließende Besprechung der Verhandlungen, die seit einigen Tagen in Berlin zwischen den Reichsadvokaten der englischen, französischen und deutschen Regierung durch Bromage und Gaus fortgeführt haben. Nach Pariser Pressestimmen scheint es die Aufgabe des Franzosen Bromage gegenüber zu sein, Deutschland und England zur Ablehnung einer gemeinsamen oder dem Sinne nach übereinstimmenden Antwort an Amerika zu veranlassen. Diese Anregung scheint aber von Ministerialdirektor Gaus nicht angenommen worden zu sein. Infolgedessen wird diese Regierung eine getrennte Antwort an Washington senden.

Die deutsche Antwort bereits überreicht.

Die Antwort der deutschen Regierung auf die letzte amerikanische Note vom 22. Juni d. J. über den Abschluß eines internationalen Paktes zur Regelung des Krieges ist inzwischen dem amerikanischen Vorkämpfer bereits überreicht worden. Die Note ist ziemlich kurz gehalten und bringt lediglich die Bereitwilligkeit der deutschen Regierung zur Unterzeichnung des Kelloggpatentes zum Ausdruck, ohne auf die französischen Gegenvorschläge einzugehen.

Frankreich hält seine Vorbehalte aufrecht.

Das von Irland angegebene Antwortschreiben Frankreichs ist vom Ministeramt genehmigt worden und wird voraussichtlich am Sonnabend nach Washington abgehen. Frankreich nimmt darin im Prinzip dem letzten Friedenspaktvorschlages der Vereinigten Staaten zu, hält aber nach wie vor seine Vorbehalte

bezüglich des Völkerbundes, der Locarno-Verträge, des Rechts auf legitime Verteidigung und der regionalen Sicherheitsverträge aufrecht.

Die englische Antwort

Soll nach einer Vereinbarung zwischen Paris und London erst eine Zeit nach der französischen Note überreicht werden. Der Zweck dieser Maßnahme besteht darin, festzustellen, welche Wirkung die französischen Vorbehalte in der amerikanischen Öffentlichkeit bezug auf die Washingtoner Ausläufer haben. Auf jeden Fall ist, so erklärt man in Pariser Kreisen, zwischen der britischen und der französischen Regierung völlige Übereinstimmung über den Charakter der beiderseitigen Untervorreden erzielt worden, wenigstens der Wortlaut der beiden Noten verschieden sein würde.

Amerika gegen die Wismutung des Paktes.

Georg Harrison Brown, Vertreter des Chicagoer Rechtsanwalts Salomon D. Robinson, der in Amerika als der geistige Urheber des Kelloggischen Kriegspatentes gilt, hält sich zur Zeit in Berlin auf und hat der Presse seine Ansichten über den Kelloggpatent mitgeteilt. Mr. Harrison äußerte, er Kellogg nicht gewillt, den Pakt durch irgendwelche Begleitnoten und Erklärungen abschwächen zu lassen, sondern ihn als Ganzes der Welt zu geben. Er glaube, daß dies Amerika letzter Versuch ist, mit Europa zu einer Verständigung zu gelangen.

„Siegesfeier“ in Bozen.

Italienische Demonstration in Südtirol. — Die Enthüllung des „Siegesdenkmals“.

In Anwesenheit des Königs und mehrerer Regierungsmitglieder wurde am Donnerstag in Bozen das große italienische „Siegesdenkmal“ feierlich enthüllt. Mussolini ließ sich durch den Unterstaatssekretär Ciniatti vertreten, der auch die Festrede hielt. Der Feier wohnten die Prinzen, die Marschälle von Italien, Abordnungen des Senats und der Kammer, die Führer der fascistischen Verbände und viele Tausende von Frontkämpfern bei, die gleichzeitig mit der Denkmalsweihung ihren Jahreskongress in Bozen abhielten. Nach der Denkmalsweihung fand ein Vorbeimarsch der Verbände und der Truppen vor dem König statt.

Das Denkmal

ist ein massiver mit Marmor verkleideter Betonbau von 15 Meter Höhe in Form eines römischen Triumphbogens und trägt die hochmütige Aufschrift von der Brennergrenze. In letzter Stunde war noch eine bemerkenswerte Veränderung vorgenommen worden. Ursprünglich sollte die Aufschrift lauten:

„Hier sind die Grenzen des Vaterlandes, hier endet die Feinde. Von hier haben wir die Barbaren durch Sprache, Gesetz und Kunst erlogen.“

An Stelle des Wortes „barbarus“ heißt es jetzt: „ceteros“, also: „die Uebrigen“. Gleichwohl muß diese Baueinheit jeden Südtiroler und Deutschgeheimen mit Beschämung und Trauer erfüllen. Die Bozener Bürgererschaft ist deshalb auch bis auf verhältnismäßig Ausnahmen, wo Zwang durch die Syndikate oder die Amtsbürgermeister ausgeübt wurde, der Feier ferngeblieben.

Die Furcht vor Attentaten.

Massenansammlung von Militär und Geheimpolizei. — Bozener Bürger als Geiseln. — Grenzsperrre nach Tirol.

Bei den Vorbereitungen für die Denkmalsweihung legten die Italiener eine Aufgeregtheit an den Tag, die geradezu ans lächerliche grenzte. Obwohl bei näherer Kenntnis des Landes das Leben des Königs Viktor Emanuel nirgends als gefährdeter angesehen werden kann als in Südtirol — soweit es die Deutschen betrifft —, hat doch die Furcht vor Attentaten alle italienischen Kreise ergriffen. Das Denkmal wurde schon seit langem Tag und Nacht von Karabinieri bewacht. Am Tage vor der Denkmalsweihung wurden alle Wasserhähnen und Kandelaber der Straßenbeleuchtung unterbrochen, als sie nicht nach Mailänder Art gelassen seien. Hunderte von bezahlten Geheimagenten machten der Bevölkerung das Leben durch die fortwährende Forderung nach Ausweisleistung wenig angenehm. Zwei Tage vorher wurde Südtirol plötzlich von der Außenwelt hermetisch abgeschlossen. Auch der kleine Grenzverkehr wurde unterbunden und der Grenzschutz am Brenner durch Militär verstärkt. In Bozen selbst wurden Truppen aller Waffengattungen zusammengezogen. Kurz vor der Feier wurden einige angesehenere Bürger aus Bozen zur Polizei geladen, wo man ihnen mitteilte, daß man sie als Geiseln verantwortlich machen werde, wenn am Tage der Einweihung des Denkmals irgendwas passieren sollte. In fast allen deutschen Bozener Familien ist Volksquartierung vorgenommen worden. Ein großer Teil der Bewohner hatte die Stadt verlassen. So war die „Siegesfeier“ eine ausschließlich italienische Angelegenheit.